

Buko - Heinrich-Wimmer-Str. 4, 34131 Kassel

### Offener Brief

Büro des Beauftragten der Bundesregierung  
für die Belange der Patientinnen und Patienten  
Herr Laumann  
Friedrichstraße 108  
**10117 Berlin**

Geschäftsstelle:

**Nicole Müller**

Heinrich-Wimmer-Str. 4  
34131 Kassel

Tel.: 0561 – 9378-1993

Fax: 0561 – 9378-1994

email: [kontakt@buko-diakonie.de](mailto:kontakt@buko-diakonie.de)

Kassel, 26.04.2016

## **Beabsichtigte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Diakonie**

Sehr geehrter Herr Laumann,

wir sind der Zusammenschluss der betrieblichen Interessenvertretungen aus Einrichtungen der Diakonie in Deutschland.

Wir möchten Sie darüber informieren, was die Arbeitgeber der Diakonie derzeit planen.

Die Arbeitgeber der Diakonie haben in der Arbeitsrechtlichen Kommission, die nach eigenen Angaben die Arbeitsbedingungen für mehr als 150.000 Beschäftigte regelt, Anträge gestellt, die zu massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in der Altenhilfe und für alle Beschäftigten in den östlichen Bundesländern einschließlich Berlins führen sollen.

Die Entgelttabellen sollen so geändert werden, dass eine ausgebildete Pflegekraft in 15 Jahren Tätigkeit einen Gehaltsverlust von knapp 47.500 EUR oder 8,08% erleiden soll.

Eine Pflegehilfskraft in der stationären Pflege wären es in derselben Zeit 8,9% weniger, weil ihr auch noch die Pflegezulage in Höhe von 80 EUR pro Monat gestrichen werden soll.

Weiterhin soll die Jahressonderzahlung auf nur noch 25% eines Monatsentgeltes gekürzt werden, was Einbußen von mehr als 31.600 EUR nach 15 Jahren oder 5,38% bedeuten würde.

Die beantragte Streichung des Kinderzuschlages würde einen Verlust von knapp 17.600 EUR oder 2,99% nach sich ziehen. Außerdem würde damit die einzige soziale Komponente des 'Diakonietarifs' entfallen.

Siegfried Löhlaus 06341/98766-11 <a href="mailto:s.loehlau@buko-diakonie.de">s.loehlau@buko-diakonie.de</a>	Lothar Germer 05382/907273 <a href="mailto:l.germer@buko-diakonie.de">l.germer@buko-diakonie.de</a>	Manfred Quentel 0172/3795283 <a href="mailto:m.quentel@buko-diakonie.de">m.quentel@buko-diakonie.de</a>	Sonja Gathmann 01511/5182094 <a href="mailto:s.gathmann@buko-diakonie.de">s.gathmann@buko-diakonie.de</a>	Hans-W Appel 06251/107274 <a href="mailto:h.appel@buko-diakonie.de">h.appel@buko-diakonie.de</a>
---	---	---	---	--

Die geplante Arbeitszeiterhöhung auf 40 Stunden ist schon aus gesundheitlichen Gründen bedenklich in einem Bereich, in dem die Beschäftigten sowieso schon über der Belastbarkeitsgrenze arbeiten. Zusätzlich bedeutet dies einen Einkommensverlust von 2,56% oder knapp 14.600 EUR in 15 Jahren.

Die Beschäftigten sollen sich künftig mit einem Eigenbeitrag an den Kosten der betrieblichen Altersversorgung beteiligen. Beträgt der Beitrag mehr als 4%, so soll der über dieser Schwelle liegende Beitrag allein von den Beschäftigten gezahlt werden. Das wären gegenwärtig 1,2% und ab 2019 1,6%, was in 15 Jahren einen Verlust von mehr als 9.100 EUR bedeutet.

Rechnet man alle diese beantragten Verschlechterungen zusammen ergibt sich ein Minus von mehr als 20%.

Während Sie sich für eine verbesserte Situation in der Pflege einsetzen und in der Öffentlichkeit darüber diskutiert wird, wie dem Pflegenotstand wirksam begegnet werden kann, fordern ausgerechnet die Arbeitgeber, die vorgeben aus christlichen Motiven heraus ihre Einrichtungen zu betreiben, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Pflege.

Wir halten dies für einen Skandal. Die Forderungen der diakonischen Arbeitgeber sind durch nichts zu rechtfertigen. Die Lohnkosten für die Beschäftigten in der Pflege werden zu 100% von den Kostenträgern erstattet. Der von den diakonischen Arbeitgebern gern behauptete 'Billigkonkurrenz' der privaten Anbieter kann man nicht dadurch begegnen selbst zum 'Billigheimer' zu werden. Hier hilft nur der Abschluss von Tarifverträgen, die dann für allgemeinverbindlich erklärt werden, damit alle Betreiber von Pflegeeinrichtungen anständige Löhne zahlen müssen. Nur so kann verhindert werden, dass sich der bestehende Pflegenotstand noch wesentlich verschärft.

Wir bitten Sie, auf die diakonischen Arbeitgeber einzuwirken, damit sie ihre Anträge zurückziehen und den massivsten Angriff auf die Arbeitsbedingungen in der Pflege der Diakonie, den es je gegeben hat, beenden.

Für weitere Informationen und gegebenenfalls für ein persönliches Gespräch stehen Ihnen die Mitglieder der Sprechergruppe gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Siegfried Löhlaus 06341/98766-11 <a href="mailto:s.loehlau@buko-diakonie.de">s.loehlau@ buko-diakonie.de</a>	Lothar Germer 05382/907273 <a href="mailto:l.germer@buko-diakonie.de">l.germer@ buko-diakonie.de</a>	Manfred Quentel 0172/3795283 <a href="mailto:m.quentel@buko-diakonie.de">m.quentel@ buko-diakonie.de</a>	Sonja Gathmann 01511/5182094 <a href="mailto:s.gathmann@buko-diakonie.de">s.gathmann@ buko-diakonie.de</a>	Hans-W Appel 06251/107274 <a href="mailto:h.appel@buko-diakonie.de">h.appel@ buko-diakonie.de</a>
--	--	--	--	---